

Die Produktrevolution

Ein Beitrag zur Konzeption einer nachkapitalistischen Wirtschaft

Hanns Graaf

Karl Marx hat die Entwicklung des Kapitalismus und dessen Funktionsweise analysiert, darunter auch Aspekte des Übergangs vom Handwerk zur Manufaktur und schließlich zur industriellen Großproduktion. Doch die Frage der Veränderungen des Gebrauchswertes der Produkte interessierte Marx kaum. Dabei vollzog sich auf diesem Gebiet eine unerhörte Umwälzung.

Dass die Untersuchung der Produkte als Gebrauchswerte nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat, ist unserer Ansicht nach drei Gründen geschuldet. 1. war die kapitalistische industrielle Massenproduktion zu Marx' Zeiten noch nicht durchweg so weit entwickelt, dass die neue Qualität der Erzeugnisse so sichtbar war wie etwa heute. In manchen Bereichen ähnelten die Produkte noch stark den früheren, handwerklich-manufakturrell hergestellten, in anderen Bereichen vollzog sich die Veränderung gerade erst. So waren etwa Möbel in der Herstellung und im Design noch „feudal“ und wiesen noch fast gar keine Merkmale der heutigen Massen-Möbel-Herstellung (z.B. IKEA-Möbel) auf.

2. spielten für Marx' Analyse andere Faktoren der kapitalistischen Ökonomie (Kapitalverhältnis, Lohnarbeit, Wertkategorien, Makroökonomik usw.), welche für die Funktionsweise der Wirtschaft zentral waren, eine wichtigere Rolle. 3. schließlich haben sich Marx und Engels - ob begründet oder nicht - nirgends ausführlicher dazu geäußert, wie eine „kommunistische“ Ökonomie bzw. die Wirtschaft der Übergangsgesellschaft beschaffen sein soll.

Es wäre die Aufgabe der MarxistInnen nach Marx gewesen, dessen Konzeption weiter zu entwickeln. Dazu hätten sie einerseits auf die Erfahrungen mit der Entwicklung des „modernen“ Kapitalismus/Imperialismus zurückgreifen und andererseits die konkreten Entwicklungen in den diversen „Übergangsgesellschaften“ (UdSSR, Ostblock, China usw.) berücksichtigen können. Betrachten wir aber die „marxistische“ Literatur zur Ökonomie, so stellen wir fest, dass die Frage des Charakters der Produkte kaum eine Rolle

spielt. Insofern wollen wir mit diesem Artikel dazu beitragen, die Diskussion dazu anzuregen, weil wir meinen, dass die Produktrevolution ein zentrales Element der nachkapitalistischen Ökonomie sein muss.

Produkte im Kapitalismus

Jede Massenproduktion erfordert einen hohen Grad an Standardisierung der hergestellten Produkte, sie braucht einheitliche Maße und Normen, Gebrauchsvorschriften usw. Was nützen z.B. Maschinenschrauben, wenn sie nicht in standardisierten Größen hergestellt werden? Und was nützen sie, wenn nicht entsprechend dieser Größen passende Schraubenschlüssel hergestellt würden? Ihr allgemeiner Gebrauch und damit auch deren Massenproduktion wären schlechterdings unmöglich. Erst die Massenproduktion führt aber dazu, dass effizienter und billiger produziert werden kann als in der Kleinproduktion. Ohne industrielle Massenproduktion ist entwickelter Kapitalismus, ist die Anhäufung und der Umschlag großer Kapitalmengen fast unmöglich.

Produkte aus kapitalistischer industrieller Massenproduktion weisen eine Reihe von Merkmalen auf, die sie sowohl von der vor-, als auch von der nachkapitalistischen Ökonomie unterscheiden. Dazu gehören u.a.:

- hohes Level an Standardisierung;
- Baugleichheit der Einzelprodukte einer Serie (Größe, Form, Material) bei gleichzeitig etlichen Varianten (Farbe, „Extras“) und bei zugleich vielen fast gleichen Produkten verschiedener Hersteller;
- Verzicht auf „unnützes“ Dekor;
- Tendenz zur Einsparung von Ressourcen (Rohstoffe, Energie, Arbeit) bei Herstellung und Nutzung der Produkte;
- Platz für Kennzeichnung des Herstellers bzw. des Unternehmens (Markenzeichen, Logo) und Werbung;
- Bevorzugung des Ersatzes eines kaputten oder fehlerhaften Produkts statt der Reparatur;
- Widerspruch zwischen Qualität (als Voraussetzung für den Kauf) und dem geplanten Ausfall (Sollbruchstelle) als Voraussetzung für die Neuproduktion;
- eindimensionale, isolierte Funktionalität, tw. ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Dimension des Gebrauchs (Ressourcenverbrauch, Recyclingmöglichkeit, tw. Kompatibilität usw.).

Diese Merkmale kapitalistischer Produkte spiegeln einerseits den privaten Charakter der Produktion und das Ziel der Gewinnoptimierung wider und andererseits die Tatsache, dass ständig Neuproduktion erzwungen werden muss, um die Kapitalakkumulation in Gang zu halten. Bei all dem muss gewährleistet sein, dass die Benutzung der Produkte im gesellschaftlichen und nicht mehr nur im privaten Rahmen erfolgt, also massenhaft. So muss etwa ein Autohersteller auch dafür sorgen, dass Reparatur und Service sichergestellt sind.

Anhand der aufgeführten Merkmale wird deutlich, dass die Produkte aus (feudaler) Handwerks- oder Manufakturproduktion die meisten dieser Charakteristika noch nicht aufwiesen. Sicher mussten Gewehre oder Kanonen einer Armee schon im Mittelalter möglichst einheitliche Kaliber haben, um die Munitionsnutzung und -versorgung absichern zu können. Doch für die große Mehrzahl der (handwerklichen) Produkte waren solche Merkmale uninteressant, wenn nicht sogar störend. Möbel z.B. wurden meist für individuelle Käufer hergestellt und sollten individuell sein.

Erst die Mechanisierung der Gesellschaft, die Durchdringung aller Lebensbereiche mit Maschinen und Gerätschaften aller Art ermöglichte und erzwang standardisierte Produkte und Verfahren. Nägel gab es schon in der Antike, sie mussten nicht standardisiert sein, genausowenig Holzdübel im Haus- oder Schiffsbau. Bei (Maschinen)schrauben oder heutigen Dübeln jedoch sieht das ganz anders aus.

Ein anderes Beispiel sind elektrische Geräte, die alle an dieselbe Stromstärke angepasst sein müssen. Das erfordert zugleich ein Erzeugersystem für Strom, das diese gleichbleibende Qualität liefern kann. So hat in Deutschland das Stromsystem eine Netzfrequenz von 50 Hz. Um diese stabil zu erhalten, bedarf es bestimmter technischer Voraussetzungen, z.B. große rotierende Massen in Gestalt der Turbinen der Großkraftwerke und eines Netzmanagements. Ein solches System ist nur durch gesellschaftliche Übereinkunft (Normierung) möglich. Diese nennen wir Gesellschaftliche Produktivstrukturen (GPS). Die Beschaffenheit der Produkte im Kapitalismus steht in enger Wechselbeziehung zu bestimmten GPS. (she. Was sind gesellschaftliche Produktivstrukturen?)

Der Kapitalismus hat ohne Frage zu einer „Revolution der Produkte“ geführt, wie es in keiner Gesellschaft vorher hinsichtlich des Ausmaßes und der Zeitrelation der Fall war. Wenn wir handwerkliche Produkte aus dem 12. Jahrhundert mit

welchen aus dem 17. vergleichen, werden wir oft keinen großen Unterschied feststellen. Vergleichen wir Erzeugnisse von 1820 mit denen von 1920, sieht es ganz anders aus. Und sehr viele Produkte, die heute hergestellt werden, gab es selbst vor nur 30 Jahren noch nicht. Die wesentlich höhere Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft, die ständige Umwälzung des Wissens und der Technologie führen einerseits zu neuen Produkten, wie sie andererseits diese zur Voraussetzung hat.

Gerade die Schaffung neuer Produktparten (Flugzeuge, Autos, Computer, Haushaltstechnik usw.) führte im 20. Jahrhundert dazu, dass das Kapital neue Marktsegmente und Verwertungsbereiche nutzen konnte. Die Annahme (etwa von Rosa Luxemburg), dass der Kapitalismus nicht mehr expandieren könne, d.h. der Verwertungsprozess zum Erliegen kommen würde, weil nach der Schaffung des Weltmarktes keine „jungfräulichen“ Gebiete zur Kapitalisierung mehr vorhanden wären, erwies sich als falsch. Denn nicht die Erweiterung des Weltmarktes in geografischer Hinsicht kennzeichnet den Kapitalismus - das war nur für die Aufstiegsphase relevant -, sondern die Umwälzungen innerhalb des Marktes, d.h. die Veränderungen in der Produkt- und Nachfragestruktur. Die Nachfrage nach Pferdekutschen ist in den vergangenen 100 Jahren sehr stark gesunken, während der Bedarf an PKW enorm gestiegen ist.

Die Ablösung von Produkten durch andere sowie die Etablierung ganz neuer Produktparten bedeutet, dass das Kapital immer wieder neue Anlagesphären findet. Sicher gibt es andererseits einen Trend zur Sättigung von Märkten, d.h. es ist nur noch ein Wandel in der Warenstruktur zu beobachten, aber kaum Ausweitung. Parallel dazu existiert auch ein Trend, dass bestimmte Bereiche des Weltmarktes - die unterentwickeltesten Teile der „Dritten Welt“ - mangels Kaufkraft, durch Verschuldung usw. aus dem Weltmarkt „herausfallen“. Stillstand oder Verlangsamung des Verwertungsprozesses trat in den über 150 Jahren industriellen Kapitalismus´ seit Marx jedoch nicht ein.

Kommunistische Produkte

Wenn wir also konstatieren können, dass die Durchsetzung und Entwicklung des Kapitalismus mit einer Revolutionierung der Produkte verbunden war, müssen wir uns fragen, inwiefern das auch für die kommunistische Gesellschaftsformation zutrifft.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen muss sein, dass in der

Übergangsgesellschaft grundsätzliche Veränderungen an der ökonomischen Basis von statten gehen: das Privateigentum an Produktionsmitteln wird abgeschafft, Konkurrenz und Marktbeziehungen sind als wesentliche Antriebe der Produktion überwunden und durch eine gesamtgesellschaftliche Planung ersetzt usw. Die Erzeugung von Waren zur Erwirtschaftung von Gewinn durch den Verkauf wird durch die Erzeugung von Gebrauchsgütern für die Befriedigung von Bedürfnissen abgelöst. So wird auch die Herrschaft der Produzenten (der Kapitaleigner) durch die Dominanz der Konsumenten über die Produktion ersetzt.

Haben diese Veränderungen nun auch Auswirkungen auf die Erzeugnisstruktur? Ja, und zwar in verschiedener Hinsicht. Wir können hier nicht auf alle Aspekte eingehen, wollen jedoch einige zentrale Fragen beleuchten.

Eine entscheidende Frage für die kapitalistische Ökonomie ist, dass jeder Produktion eine „Nachproduktion“ folgt, weil sonst der Kapitalumschlag nicht weitergehen kann. Diese, an sich simple Feststellung hat große Bedeutung für das jeweilige Produkt. Bei Gütern, die schnell verbraucht werden, wie Lebensmittel oder Energie ergibt sich eine Folgeproduktion automatisch, nicht so bei langlebigen Produkten, insbes. Konsumgütern. Würde etwa ein PKW eine normale Nutzungsdauer von 30 Jahren haben und nicht wie heute ca. 15, würde es der Auto-Industrie „schlecht“ gehen, d.h. sie wäre wesentlich kleiner. Denn sobald der Automarkt gesättigt ist und nicht mehr expandiert, weil die Nachfolge- bzw. Ersatzproduktion erst nach langer Zeit notwendig wird, muss insgesamt weniger hergestellt werden. Gleiches gilt im Prinzip auch für viele andere Güter. Der Kapitalist muss also bestrebt sein, die Produkte so zu gestalten, dass sie so schnell wie möglich ersetzt werden müssen, also Neuproduktion erfolgen kann. Ein probates Mittel dazu ist der bewusste Einbau von Sollbruchstellen und die Benutzung von Materialien oder Verarbeitungstechniken, die einen schnellen Verschleiß oder den Ausfall des Gerätes bewirken. Es werden bewusst minderwertige Güter angeboten, die aber tw. billiger sind als andere.

Das „Verschleiß-Interesse“ des Kapitalisten wird andererseits dadurch eingedämmt, dass allzu schlechte Erzeugnisse keine Käufer finden und die Konkurrenz den Marktanteil übernimmt. Eine sehr häufig angewandte Methode, alte Produkte zu entwerten und durch neue zu ersetzen bzw. deren Marktanteil als Konkurrent übernehmen zu können – ist die „Erneuerung“ von Produkten. Ein typisches Beispiel dafür ist der Handy-Sektor. Fast im Jahrestakt kommt eine „neue Generation“ auf den Markt, die sich jedoch meist nur marginal von

früheren unterscheidet. Da das Handy aber nicht nur einen praktischen Zweck erfüllt, sondern in hohem Maße auch Prestige-Objekt und durch permanente Werbekampagnen zu einem wichtigen Teil des konsumorientierten „Lifestyles“ geworden ist, wird ein hyperaktives Konsumentenverhalten erzeugt und der Umstieg auf das neueste Modell gefördert. Die Bilder von jungen Leuten, die vor dem Apple-Store zelten und stundenlang in der Kälte ausharren, um als erste das neueste iPhone zu erhalten, sind so absurd wie real.

Ein anderes Mittel, um den Neukauf - und damit die Neuproduktion - zu erzwingen, ist die mangelhafte oder gänzlich fehlende Kompatibilität von Produkten oder Komponenten davon, was die Wiederverwendung oder die Reparatur fast unmöglich macht. Obwohl immer nur eine Komponente defekt oder verschlissen ist, wird das gesamte Gerät weggeworfen und durch ein neues ersetzt. Die Müllentsorgung belastet in der Regel ja nicht den Hersteller, sondern direkt oder indirekt die Verbraucher.

Die Produkte einer nachkapitalistischen Wirtschaft hingegen müssen andere Eigenschaften aufweisen, wenn sie den veränderten Bedürfnissen dieser Gesellschaft genügen sollen. Schlechte Qualität, „Wegwerfmentalität“, die unübersehbare Vielfalt von im Grunde gleichen Produkten usw. sind Merkmale, die den Bedürfnissen des Kommunismus und der Konsumenten diametral entgegenstehen.

Es ist einsehbar, dass es sehr schwer, ja im Grunde unmöglich ist, eine völlig andere, bessere Gesellschaft als den Kapitalismus aufzubauen, wenn die Produkte denselben Gebrauchswertcharakter wie vorher haben. Betrachten wir etwa Wohnungen oder PKW, so liegt es auf der Hand, dass es dabei um wesentliche Teile der Produktion geht und die gesamte Lebensweise stark davon beeinflusst wird. So, wie der Kapitalismus eine Revolutionierung der Produkte bewirkte, muss auch jede anti-kapitalistische Umwälzung eine solche „Revolution der Dinge“ vollziehen.

Der andere Charakter, das höhere Niveau der hergestellten Produkte ist dann zugleich auch der dingliche Ausdruck eines qualitativ anderen Verhältnisses der Produktion zur Gesellschaft. Während die bürgerliche Ökonomie eine Tendenz zur Produktion um der Produktion willen bzw. um der permanenten Erzeugung von Profit hat, dient die Produktion im Arbeiterstaat den Gebrauchswert-Bedürfnissen der Konsumenten. Geht es im Kapitalismus beim Design der Güter

darum, möglichst viel Profit herauszuschlagen und möglichst viel Neuproduktion zu generieren, so spielt in der nachkapitalistischen Gesellschaft nur noch - oder historisch gesehen: wieder - nur der Gebrauchswert eine Rolle und das Anliegen, die Bedürfnisse mit möglichst wenig produktivem Aufwand und wenig Ressourcenverbrauch zu befriedigen.

Unter „Bedürfnis“ wird in Kapitalismus und Kommunismus grundsätzlich etwas sehr Verschiedenes verstanden. Für den Kapitalisten sind nur zwei „Bedürfnisse“ relevant: das „Bedürfnis“, ein Produkt zu kaufen und das Bedürfnis, dieses Produkt zu gebrauchen und dabei zu verschleifen. Kurz: es geht um das Bedürfnis in Form von „Kaufkraft“. Der Kommunismus hingegen muss und kann unter „Bedürfnis“ das gesamte Bedürfnis-Geflecht verstehen, das mit der Verwendung eines Produkts verbunden ist. Benutze ich ein Produkt, so habe ich natürlich - zumindest indirekt - auch das Bedürfnis, dass dieses Produkt, nicht kaputt geht, dass es kompatibel ist, dass dessen Entsorgung oder Wiederverwendung problemlos möglich ist usw. Als „Bedürfnis“ zählt dann nicht mehr nur das individuelle Bedürfnis und die so aktivierte Kaufkraft, sondern auch das gesellschaftliche Bedürfnis, z.B. nach Umwelterhaltung und nach Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit. Diese Bedürfnisse und die daraus erwachsenden Eigenschaften von Produkten interessieren den Kapitalisten wenig, die kommunistische Gesellschaft aber umso mehr.

Zunächst erfordern die Einsparung notwendiger Arbeit und die Schonung von Ressourcen, dass die Produkte von hoher Qualität und damit langlebig sind, dass sie dem höchsten Niveau von Standardisierung angepasst und untereinander möglichst kompatibel sind. Mit Langlebigkeit ist natürlich nicht gemeint, dass es keine technische Verbesserung oder Erneuerung mehr gibt, sondern dass sie dann erfolgt, wenn es wirklich eine relevante Verbesserung gibt und keine nur äußerliche oder marginale wie etwa bei PKW-Modellen, die oft nur an eine neue Marketingstrategie angepasst werden und dafür ein etwas anderes Outfit erhalten, während die technischen Komponenten fast unverändert bleiben.

Dazu kommt, dass der Gebrauch der Produkte in der bürgerlichen Gesellschaft primär auf den Gebrauch durch den einzelnen Käufer ausgerichtet ist. Doch menschliches Leben allgemein und selbst der Gebrauch - oder im allgemeinen Sinne das „Schicksal“ eines Produkts - spielt sich letztlich gesellschaftlich ab. Es ist eine verkürzte Auffassung, dass nur die Produktion - trotz ihres im Kapitalismus privat-eigentümlichen Rahmens - vergesellschaftet wäre. Das trifft

genauso auf die Sphäre der Konsumtion zu. Diese gesellschaftliche Dimension wird im Kapitalismus weitgehend ausgeblendet. Das Ruinieren der Umwelt, die Vergeudung von Ressourcen, die Müllberge - all diese „Nebenkosten“ kapitalistischer Produktion werden meist nicht vom Unternehmer getragen, sondern der Gesellschaft aufgelastet. Der Kommunismus kann also auch auf dieser Ebene den Widerspruch zwischen dem einerseits privaten Charakter der Produktion und deren zugleich gesamtgesellschaftlichen Dimension positiv auflösen.

Die Stellung der Mehrheit der Menschen im Kapitalismus als unterdrückte und ausgebeutete Individuen drückt sich auch und gerade darin aus, dass sie ihre Bedürfnisse als gesellschaftliche - und eben nicht nur private - Wesen kaum artikulieren, geschweige denn befriedigen können. Die Frage, welche Bedürfnisse nach bestimmten Gütern und Dienstleistungen der Mensch hat, wird ihm in erheblichem Maße vorgegeben, aufgezwungen, indoktriniert - sein „Bedürfnis“ wird auf das bornierte Verlangen des privaten Waren-Käufers zurecht gestutzt.

Karl Marx schrieb in dieser Hinsicht folgende bemerkenswerten Sätze: *„In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäufte Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern. In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht also die Vergangenheit über die Gegenwart, in der kommunistischen die Gegenwart über die Vergangenheit.“*

Einige Beispiele

Wir wollen nun hier wenigstens an einigen wenigen Beispielen exemplarisch darstellen, was es bedeutet, welche grundsätzliche Dimension es hat, die Gebrauchseigenschaften von Gütern zu ändern.

Wir alle benutzen Haushaltsgeräte. Würden wir die vielen verschiedenen Typen und Varianten der diversen Hersteller vergleichen (was natürlich keinem Verbraucher möglich ist und schon allein deshalb die Auffassung, dass „der Verbraucher“ mitbestimmen könnte oder der „Kunde“ gar „König“ wäre, ad absurdum führt), würden wir feststellen, dass ein großer Teil dieser Geräte Mängel aufweist, die eigentlich dazu führen müssten, dass deren Produktion eingestellt wird. Das aber passiert im Kapitalismus eher selten. Die „Stiftung Warentest“ z.B. zeigt in ihren Berichten ständig, wie mangelhaft viele Produkte

sind - und doch werden sie weiter hergestellt. Vor allem aber wird erst im Nachhinein getestet, nicht schon vor Produktionsbeginn oder anhand von Nullserien.

Ein erster Schritt in der Ökonomie der Übergangsgesellschaft wäre es also, die Herstellung aller Produkte einzustellen, deren Gebrauchseigenschaften mangelhaft sind. So haben viele Kaffeemaschinen eine sehr mangelhafte Wasserstandsanzeige oder der Deckel zum Wassereinfüllen ist so unpraktisch angebracht, dass das Einfüllen zum Jonglieren gerät usw. Die Produktpalette müsste - entsprechend den realen Gebrauchswertanforderungen - möglichst klein sein, so dass Standardisierung und der Vorteil der Großproduktion voll zum Tragen kommen können. Zugleich kann es deshalb aber auch beliebig viele Varianten von Kaffeemaschinen z.B. hinsichtlich der Farbe geben, was obigen Forderungen keinen Abbruch tut. Diese Vielfalt gibt es im Kapitalismus, wo es angeblich alles gibt, in Wahrheit aber nur sehr eingeschränkt. Welche bzw. wieviele Typen und Varianten nötig sind, müssen die Konsumenten entscheiden und mit den Interessen der Produzenten, d.h. den Anforderungen der Produktion, abgleichen.

Das Problem mit einer Kaffeemaschine beginnt dann, wenn deren Leben endet, d.h. wenn sie kaputt geht. Sollte es überhaupt Ersatzteile geben, so sind diese so teuer, dass eine Neuanschaffung „sinnvoller“ ist. Zudem ist natürlich nie die komplette Maschine kaputt, sondern nur eine Komponente, z.B. die Glaskanne oder die Heizspirale. Ergebnis dessen ist, dass die gesamte Maschine im Müll landet und damit die Neuproduktion von Kaffeemaschinen notwendig wird. Dasselbe erleben wir bei Waschmaschinen oder Kühlschränken. Was für den kapitalistischen Hersteller sehr angenehm, ja notwendig ist, wird für die NutzerInnen zum teuren Ärgernis und für die Gesellschaft ebenfalls.

Ein anderes Beispiel sind Verpackungen. In Rom gibt es riesige Halden aus zerbrochenen Tongefäßen aus der Zeit der Antike. Eine kaputte Amphore oder ein Krug konnten nicht repariert, sondern nur weggeworfen werden. Heute gibt es viele Werkstoffe, die praktisch fast endlos nutzbar sind, ohne kaputt zu gehen. Oder sie können repariert oder recycelt werden. Müllhalden wären so an sich fast unnötig - doch wir erzeugen heute weitaus mehr Müll als früher. Und ein Großteil des Mülls besteht aus Verpackungen. Diese Verschwendung von Ressourcen, die damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten und die Umweltprobleme könnten sofort stark minimiert werden. Dazu sind u.a. standardisierte

Mehrwegverpackungen sinnvoll und ein optimaleres Verhältnis von Inhalt und Verpackung. So ergeben sich etwa Form und Größe von Cornflakes-Packungen daraus, dass eine möglichst große Vorderfront für Logo und Werbung vorhanden sein muss. Ohne diesen Zweck könnte die Verpackung bei gleichem Inhalt deutlich kleiner ausfallen.

Noch absurder sieht es bei Bierflaschen aus. Inzwischen haben viele Hersteller eigene Flaschenformen. Diese müssen nach der Rücknahme einzeln wieder nach Herstellern sortiert werden. Ähnliche Absurditäten gibt es bei der Etikettierung. Obwohl im Grunde ein Etikett zur Kennzeichnung und Information ausreichen würde, haben die meisten Biersorten 2 oder sogar 3 Etiketten und manche noch eine Silberfolie am Flaschenhals. Der dadurch nötige erhöhte Produktions- und Recyclingaufwand muss und kann im Arbeiterstaat abgeschafft werden.

Natürlich kollidiert eine vernünftige Art des Verpackungswesens mit den bornierten Interessen der privaten Eigentümer (z.B. Werbung) und den schlechten bzw. oft gar nicht vorhandenen Strukturen des Pfandsystems bzw. Recyclings. Auch hier zeigt sich wieder, dass ein anderes Produktdesign unmöglich ist, wenn nicht auch die Eigentumsverhältnisse und die gesellschaftlichen Produktivstrukturen (GPS) geändert werden.

Ein weiteres Beispiel sind Möbel. Die heute üblichen Spanplatten-Möbel sind kaum kompatibel, wiederverwendbar oder veränderbar. Gefällt ein Schrank nicht mehr oder ist ein Teil kaputt (meist billige mechanische Verbindungen, Scharniere usw.), kann er nur „entsorgt“, d.h. weggeworfen werden. Die Städte sind voll von solchem Sperrmüll. Eine nachkapitalistische Ökonomie muss diesen Wahnsinn beenden - alle technischen Voraussetzungen und geeignete Materialien dafür gibt es bereits heute, doch sie werden nicht genutzt, weil sie dazu führen würden, dass die Möbelproduktion und der Möbelhandel erheblich kleiner werden würde - eine Horrorvorstellung für das Kapital, ein Segen für die Arbeiterklasse (und die Umwelt).

Wenn wir die Dinge, die uns umgeben, genauer betrachteten, würden wir feststellen, dass fast jedes Produkt verbessert werden könnte. Mit anderen Worten: die Produktrevolution ist keine Sache, die lediglich ein paar Ausnahmen betrifft, sie berührt fast die gesamte Produktpalette und hat damit in Wahrheit eine riesige Dimension - hinsichtlich der Gebrauchseigenschaften wie hinsichtlich der Auswirkungen auf die Produktion und der Strukturen der Gesellschaft

(Handel, Recycling usw.) Grundlage dafür, dass die Gebrauchseigenschaften von Produkten wirklich gut sind, ist, dass die NutzerInnen direkt ihre Wünsche artikulieren können, damit die ProduzentInnen sie bereits vor der Produktion berücksichtigen können.

Es liegt auf der Hand, dass diese Revolutionierung der Produkte den angenehmen und höchst wichtigen Nebeneffekt hat, dass die Neuproduktion von Gütern - z.T. sogar drastisch - eingeschränkt werden kann. Die Reduktion der notwendigen Arbeit und der sparsame Umgang mit Ressourcen sind also zwingend damit verbunden, den Gebrauchswert der Produkte zu ändern. Ein zweiter „angenehmer Nebeneffekt“ dieses gesellschaftlichen Bemühens wäre es, dass - ohne deshalb einen höheren technischen Standard haben zu müssen - die Arbeitsproduktivität der Übergangsgesellschaft schlagartig gegenüber jener des Kapitalismus steigen würde, weil die Bedürfnisse mit weniger Aufwand und sogar besser befriedigt werden könnten.

Es zeigt sich also, dass die „Produktrevolution“, dass das konsequente Setzen des Gebrauchswerts und des Gebrauchswert-Interesses als Anspruch und Norm eine durchaus wesentliche Seite und eine wichtige Grundlage der Entwicklung einer nachkapitalistischen Gesellschaft ist.

Erfahrungen mit dem Stalinismus

Auch die Erfahrungen mit den stalinistischen Gesellschaften bestätigen das durchaus - in doppelter Hinsicht. Einerseits gab es in diesen bürokratischen Staatswirtschaften durchaus Ansätze dazu, in der oben geschilderten Weise Produkte zu verbessern. So gab es kein ökonomisches Interesse daran, bei Gebrauchsgütern Sollbruchstellen einzubauen, die deren Lebensdauer künstlich verkürzten, wie es im Privat-Kapitalismus durchaus üblich ist. Das war schon deshalb so, weil es eine permanente Unterkonsumtion und damit kaum Absatzprobleme für die Betriebe gab. Allerdings - und das ist die andere Seite der Medaille - konnte davon, dass eine Produktrevolution wirklich ein gesellschaftliches Anliegen und Projekt war, keine Rede sein - schon deshalb nicht, weil es an demokratischen Strukturen mangelte, durch welche die KonsumentInnen ihre Bedürfnisse artikulieren und zu einem ökonomischen Faktor hätten machen können. Im Gegenteil: viele Produkte hatten deshalb noch schlechtere Gebrauchseigenschaften als jene im Kapitalismus.

Auch in der nachkapitalistischen Gesellschaft ist das Abgleichen der Interessen

von Konsumenten und Produzenten, d.h. den ArbeiterInnen, nicht einfach. Obwohl alle Produzenten auch Konsumenten sind, gilt das umgekehrt nicht. Zudem sind die Interessen von Produzenten und Konsumenten verschieden. Für die Produzenten wäre es natürlich ideal, immer dieselbe Sorte von Schuhen herzustellen, während die Konsumenten modische Abwechslung wollen. Es gilt also, Strukturen und Mechanismen zu finden, die es erlauben, einen Ausgleich, einen Kompromiss zwischen diesen Interessen herzustellen. Dasselbe Interessen-Problem besteht auch hinsichtlich der Partial-Interessen einer Belegschaft und denen der Gesellschaft oder denen verschiedener Regionen oder Länder. Die Interessen-Konflikte verschwinden auch nicht mit der Revolution. Diese schafft lediglich die Grundlagen dafür, sie perspektivisch zu lösen.

Wenn Kommunismus auch bedeutet, dass die Herrschaft des Produzenten (Kapitalisten) über die Ökonomie und die Konsumenten, d.h. die Herrschaft des Tauschwertes über den Gebrauchswert, überwunden ist, dann heißt das konkret, dass die Konsumenten und ihre Bedürfnisse der wichtigste Faktor für die Produktion sind. Im Stalinismus aber war das Proletariat nicht nur als Produzent, sondern auch als Konsument enteignet.

Der Stalinismus setzte die Einzelleitung des Betriebes (bzw. die Leitung durch ein Management) durch. Damit war fast jede Möglichkeit der Einflussnahme der Belegschaft auf die Produktion eliminiert. Praktisch war damit die Arbeiterklasse - gefasst nicht als Abstraktum, sondern als Konkretum einer betrieblichen Belegschaft - enteignet. Diese Enteignung auf betrieblicher Ebene hätte nun wenigstens dadurch „ausgeglichen“ werden können, dass die Gesamtklasse per demokratischer Planung wenigstens über die Makro-Ökonomie entscheidet, doch auch das war nicht gegeben. Die Entscheidung traf die Bürokratie von oben nach unten. Auch auf dieser „zentralen“ Ebene war das Proletariat also enteignet und den Konsumenten war die Mitsprache verwehrt.

Es gelang im Stalinismus zwar weitgehend, die für den Kapitalismus typische aberwitzige Vielzahl gleichartiger Produkte zu minimieren, doch das „Design“, der Gebrauchswert des Produkts, war eben auch hier nicht Ausgangspunkt und zentrales Element der Planung. Der Vorwurf, dass die bürokratische Planung oft stark einer „Tonnenideologie“ folgte, ist vollauf berechtigt. Das „Kreieren“ guter Produkte, d.h. guter Gebrauchswerteigenschaften, kann überhaupt nicht durch eine „von oben planende“ Staatsbürokratie erfolgen. Diese Aufgabe kann nur durch die Kooperation von Produzenten (den Betrieben) und den in

Verbraucherkomitees oder per Internet usw. „assozierten Konsumenten“ effektiv durchgeführt werden.

Wenn wir die sowjetische Wirtschaft der 1920er und 1930er Jahre mit der Einführung der Planmechanismen – der erste Fünfjahresplan begann 1928 – betrachten, so sehen wir von Beginn an jene katastrophalen Tendenzen, welche die gesamte Geschichte der stalinistischen Ökonomie prägen: Tonnenideologie, Ineffizienz, Überhang der Schwer- und Rüstungsindustrie, Unterentwicklung des Konsumgüterbereichs usw.. Diese Mängel spiegeln ganz genau die Enteignung von Konsumenten und (proletarischen) Produzenten wider. Im Kapitalismus sind diese natürlich auch enteignet, doch durch die Konkurrenz am Markt gibt es dort einen Mechanismus, durch den ein gewisses Maß an indirektem Einfluss der Konsumenten gesichert wird. Die Herrschaft der Bürokratie über die Gesellschaft im Stalinismus hat aber sogar diesen – gewiss mangelhaften – Mechanismus durch einen noch schlechteren ersetzt.

Trotzkis Analyse

In seinem grundlegenden Werk „Die verratene Revolution“ von 1936, in dem eine umfassende Analyse der UdSSR vorgenommen wird, führt Leo Trotzki eine Reihe von Beispielen an, wie es um die Produktqualität bestellt war. Er stellt fest: *„Ein der Sowjetindustrie eigenes Gesetz kann man so formulieren: das Erzeugnis ist in der Regel um so schlechter, je näher es zum Massenverbraucher ist. In der Textilindustrie ist nach den Worten der **Prawda** ´der Prozentsatz des Ausschusses schändlich groß, das Sortiment armselig, die niedrigen Sorten herrschen vor´. Periodisch machen sich in der Sowjetpresse Klagen über die schlechte Qualität der Massengebrauchsartikel Luft.“*

Bezüglich der Qualität der Autoproduktion schreibt Trotzki: *„Von je 100 Wagen sind nur 55 im Betrieb, die anderen sind in Reparatur oder warten darauf. Die Reparaturkosten übersteigen die Kosten aller neu hergestellten Wagen um das Zweifache.“*

Trotzki bemerkt ganz richtig, dass die Ursache dieser Probleme auch in der zu niedrigen allgemeinen „Kultur“ der ProduzentInnen, sprich ihrer mangelhaften Qualifizierung usw. liegt. Doch er geht nicht der Frage nach, warum es solches Qualitätsprobleme vor der Revolution nicht gab. Dabei ist die Antwort ganz einfach: Konkurrenz und Marktbeziehungen verhinderten, dass in relevantem Umfang Ausschuß hergestellt werden konnte. Und wenn, dann waren

Vertragsstrafen bzw. Preisnachlässe fällig. Notfalls wurden dafür die Gerichte bemüht. Doch bei einer Planung von oben nach unten, die i.w. Quantitäten erfasst, fällt mit Notwendigkeit die Frage der Qualität unter den Tisch der Planer.

Dazu kommt, dass es keine effektive und unabhängige Justiz gab, die Streitfälle zwischen Herstellern oder zwischen Herstellern und Konsumenten regeln konnte. An deren Stelle trat die Bürokratie als „Schiedsrichter“ und Kontrolleur. Doch – um mit Marx zu sprechen – wer kontrollierte die Kontrolleure? Die Produzenten und Konsumenten jedenfalls nicht – und auch nicht der Markt. Wirkliche Arbeiterkontrolle, genauer: wirkliche Verfügungsgewalt der Arbeiterklasse über die Produktion hätte ja bedeutet, dass die Entscheidungen der Bürokratie nicht nur hätten kritisiert oder aufgehoben werden können. Mehr noch: die Bürokratie, d.h. ein Staatsapparat, der die Produktion lenkt, wäre gar nicht mehr, zumindest nicht in diesem Ausmaß, nötig gewesen. Das Fehlen eines „Rechtsstaates“ aber war auch schon für Lenin kein Problem – im Gegenteil: er sah in ihm nichts anderes als ein bürgerliches „Relikt“.

Das permanente Qualitätsproblem entstand auch dadurch, dass es keinen wirklichen Wertmesser in der Ökonomie gab – weder ein reales Preissystem noch eine Arbeitszeitrechnung –, so dass die Leistung eines Betriebes oder des einzelnen Arbeiters gar nicht real verglichen werden konnte. Die „Vergütung“ der Produzenten war gewissermaßen vom Produkt und dessen Qualität abgekoppelt. Gute oder schlechte Qualität konnte so nicht angemessen entlohnt werden. Hätte man von Anfang an die Produktion und die Planung von unten, d.h. von den unmittelbaren Produzenten auf betrieblicher Ebene ausgehend, geregelt, wäre eine effektive Beeinflussung der Produktqualität weit besser möglich gewesen.

Zur Produktqualität gehört eine bestimmte Zuverlässigkeit und Haltbarkeit der Erzeugnisse, die u.a. in Form von Garantien des Herstellers kodifiziert und damit auch überprüfbar und einklagbar sind. Liefert ein Betrieb Ausschuß, muss sich das natürlich auch negativ im Betriebsergebnis niederschlagen. Wenn aber die Produktion und ihre Rahmenbedingungen „vom Plan“, von „oben“ vorgegeben sind, wenn also die Selbstbestimmung der Belegschaft gegen Null geht, dann kann diese eine Kürzung ihrer Löhne aufgrund von Ausschußproduktion natürlich nur als weitgehend „unverschuldet“ betrachten und daher nur als Bestrafung ansehen. Das Resultat davon ist einerseits Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit – also Entfremdung – der ArbeiterInnen, die andererseits vom Staat mit schärferen Vorschriften und Strafen beantwortet werden. Ein

Teufelskreis.

Das Dilemma resultiert auch aus der spezifischen Art der bürokratischen Planung. Trotzki schreibt dazu: *„In der offiziellen Statistik werden Automobilerzeugung und Automobilreparatur zu einer Gesamtsumme der Industrieproduktion addiert; vom Gesichtspunkt des ökonomischen Effekts wäre eher Subtraktion als Addition am Platze.“*

Was Trotzki offenbar nicht versteht, ist die Tatsache, dass eine Planung bzw. die Statistik gar nicht anders kann, als alle produktiven Verausgabungen der Gesellschaft zu erfassen, also muss neben der Autoproduktion natürlich auch die Autoreparatur als „Produktion“ aufgeführt werden. Das Reparatur-Problem kann nur dadurch gelöst werden, dass die Produktqualität steigt, nicht durch eine andere Art von Bilanzierung oder Statistik. Hier offenbart sich auch ein falsches Verständnis der Wirkung von Planung. Die Planung selbst hat fast überhaupt keine produktive Wirkung ausser in dem Sinn, dass ohne „Planung“ im allgemeinen Sinn natürlich jede Art von Produktion unmöglich ist. Planung hat aber nur dann eine „sozialistische“ Qualität, wenn sie einen anderen Inhalt hat, nämlich die Produktion nicht von Tauschwerten, sondern von Gebrauchswerten zu planen. Nicht nur die Produzenten, sondern auch die Konsumenten werden zum Subjekt der Planung. Durch die allumfassende Verstaatlichung wurde aber gerade diese Art von Planung, d.h. deren „sozialistischer“ Inhalt, verhindert.

Wozu die Allmacht der Bürokratie in der UdSSR führte, sollen einige Beispiele illustrieren.

Beispiel Wohnungswesen

Die Wohnungsnot in den Städten war eines der größten sozialen Probleme der Sowjetrepublik und besteht tw. bis in die Gegenwart. 1928 heißt es dazu offiziell: *„Es werden bei uns viele Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen gebaut, während der Arbeiter nur ein Zimmer bewohnen kann. Das Ergebnis ist, dass Arbeiterfamilien des öfteren alle Zimmer vermieten und selbst in der Küche oder in einer kleinen Kammer hausen. Dieser Umstand trägt natürlich keineswegs zur Erhaltung der Häuser bei. In Leningrad befinden sich erst kürzlich erbaute Arbeiterwohnungen in einem äußerst verwahrlosten und verfallenen Zustande.“* (Koserenko, Die nächsten Aufgaben des Wohnungsbaues, Ekonomitscheskaja Shisn, 18.1.28, zit. nach: I.Iljin (Herausgeber) „Welt vor dem Abgrund. Politik, Wirtschaft und Kultur im kommunistischen Staate“, Eckart-Verlag Berlin, 1931)

Die gebauten Wohnungen hatten also Gebrauchseigenschaften, die den Interessen der Massen in einer Situation großer Wohnungsnot überhaupt nicht entsprachen. Was die Bürokratie als sinnvoll ansah, war es also durchaus nicht. Und dem Maurer vor Ort konnte egal sein, was er baut, denn er kann die Bedürfnisse im gesellschaftlichen Maßstab gar nicht kennen und selbst wenn, konnte er die Planung ja nicht beeinflussen.

Wie impotent der staatliche Wohnungsbau war, zeigt auch das folgende Beispiel. 1924-27 schuf der private Wohnungsbau (der oft illegal und mit enormen Materialbeschaffungsproblemen konfrontiert war) eine Wohnfläche von 7,8 Mill. Quadratmetern, während der staatliche Wohnungsbau im gleichen Zeitraum und mit dem Aufwand weit größerer Geldmittel nur 6,4 Mill. Quadratmeter herstellte.

Mit der Durchsetzung des Stalinismus wurden immense Ressourcen dafür verwendet, unsinnige Prestigeobjekte zu errichten. So ist z.B. der Kontrast zwischen den pompösen (und zugleich oft häßlichen, im Zuckerbäckerstil gestalteten) Metro-Stationen in Moskau und Leningrad oder den landesweit errichteten „Kulturpalästen“, die v.a. der Bürokratie dienten, und der kärglichen Wohnsituation der meisten Menschen schockierend. Andere Projekte wie z.B. der Weißmeer-Kanal wurden mit riesigem Aufwand (darunter dem Einsatz von zehntausenden Zwangsarbeitern) realisiert – oft ohne dass sie irgendeinen Nutzen hatten und zudem noch permanent enorme Instandhaltungskosten erzeugten.

Dieselbe Absurdität in der Gestaltung von Wohnungen zeigte sich auch in Berlin, in der Gestaltung der „Stalinallee“ (heute Karl-Marx-Allee) in den 1950ern. Mit immensem Bauaufwand wurde relativ wenig Nutzraum geschaffen, weil sehr viel „repräsentativer Schnickschnack“ gebaut wurde und die Wohnräume mit weit über 3 Metern viel zu hoch waren. Schlechtes Produktdesign führte so zur enormen Vergeudung von Material und Arbeitskraft (und Heizenergie bei der Nutzung) für relativ wenig Nutzen.

Trotzki betont, *„ein erfolgreicher sozialistischer Aufbau (ist) undenkbar ohne Einschaltung des unmittelbaren persönlichen Interesses der Erzeuger und Verbraucher in das Plansystem“*. Doch wie auch Lenin stellt auch er sich letztlich die Wirtschaftslenkung so vor, dass ein zentralisierter Staatsapparat das entscheidende Subjekt dabei ist. Die *„Erzeuger und Verbraucher“* dürfen sich dabei *„einschalten“*, dürfen *„mitwirken“*. Arbeiterdemokratie ist hier also nicht

die Grundlage und der eigentliche Mechanismus, der die Produktion bestimmt – er ist lediglich ein schönes „Attribut“ der Staatlichkeit. Hier – wie in der gesamten bolschewistischen Gesellschaftskonzeption – zeigt sich auch das einseitige, falsche und unmarxistische Staatsverständnis von Lenin und Trotzki und dessen fatale Folgen in der Praxis.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass es entscheidend ist, was geplant wird – welche Produkte mit welchen konkreten Gebrauchseigenschaften. Die stalinschen 5-Jahr-Pläne waren nicht nur, wie Trotzki richtig analysiert, dadurch gekennzeichnet, dass sie unerhörte Diskrepanzen aufwiesen und oft mit viel Verschwendung verbunden waren. V.a. wurden oft schlechte Produkte hergestellt. Wenn die Ausschussquote in der Industrie zwischen 10 und 30% lag, wie man selbst den offiziellen damaligen Quellen entnehmen kann (die sicher noch viel geschönt haben), dann wäre es fast besser gewesen, diese Produkte nicht zu produzieren, weil man so wenigstens keine Ressourcen vergeudet hätte.

Ein anderer Aspekt der bürokratischen Planung gerade der 1920/30er Jahre war, dass der besonders forcierte Ausbau der Schwerindustrie (der sicher notwendig war) selbst das Gros der Produktion der Schwerindustrie verbrauchte. Um ein Stahlwerk zu bauen, braucht man v.a. Zement und Stahl. Diese Ressourcen fehlten damit natürlich in anderen Bereichen. Hinzu kam, dass ein erheblicher Teil der Produktion der Schwerindustrie in die Rüstung floss, d.h. der restlichen Wirtschaft und der Konsumgüterindustrie verloren ging – und das in einer Zeit, als der Imperialismus ausser Stande war, die UdSSR anzugreifen. Als dann Hitler 1941 die UdSSR überfiel, erwies sich, dass die Rote Armee materiell der Wehrmacht in allen Belangen (Flugzeuge, Panzer, Artillerie) hoch überlegen war. Diese „Überrüstung“ nutzte freilich gar nichts, weil durch Stalins extrem dumme Politik alles zunichte gemacht wurde.

Die Ausweitung der wirtschaftlichen Basis der UdSSR unter Stalin stellte sich bei genauer Betrachtung also auch als unerhörte Vergeudung und Fehllenkung von Ressourcen dar. Dabei ist noch zu bedenken, dass durch die Zwangskollektivierung, die parallel zum ersten 5-Jahr-Plan stattfand, mehrere Millionen Menschen durch Hunger und Terror umkamen, also millionenfach Arbeitskraft vernichtet wurde und die Agrarproduktion, die sich gerade erst während der NÖP etwas erholt hatte, erneut dramatisch einbrach. Diese Negativeffekte wiegen die „Erfolge“ der Industrialisierung jener Zeit weitgehend auf. Zudem wurde ein erheblicher Teil des gesellschaftlichen Produkts von der

Bürokratie selbst verbraucht.

Die Herrschaft der Bürokratie und die Enteignung aller Produzenten (auch der Bauern) führte also zu einer Wirtschaftsentwicklung, die in Wahrheit insgesamt (also über den Bereich der Industrie hinaus) weit davon entfernt war, besonders dynamisch zu sein und an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen wie denen der Wirtschaft zum Teil weit vorbei ging.

In großen Teilen der der Linken - ob sie sich nun auf Stalin oder auf Trotzki beziehen oder nicht -, ist es üblich, von den großen Erfolgen der Industrialisierung zu sprechen, und allenfalls bestimmte bürokratische Verirrungen, Überspitzungen und Disproportionen zu kritisieren. Zugleich wird darauf verwiesen, dass Russland durch den Zarismus extrem rückständig war und eine positive soziale Entwicklung ohne Revolution gar nicht hätte stattfinden können. So schreibt Trotzki in der „Verratenen Revolution“: *„Russland betrat die Bahn der proletarischen Revolution, nicht weil seine Wirtschaft zuerst für die sozialistische Umwälzung reif gewesen wäre, sondern weil sich diese auf kapitalistischer Grundlage überhaupt nicht weiterentwickeln konnte. Die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln war notwendige Voraussetzung vor allem, um das Land aus der Barbarei herauszuführen“*.

Das ist eine für einen Marxisten recht seltsame Position. Natürlich haben die ArbeiterInnen die Revolution begonnen, weil die Verhältnisse dafür „reif“ waren, wenn auch vielleicht nicht in dem Maße wie in entwickelteren Ländern. „Unreif“ wäre Russland gewesen, wenn es keine Industrie und kein Proletariat gegeben hätte. Doch Russland gehörte schon vor 1914 zu den größten Industriemächten der Welt und war der weltgrößte Getreideexporteur. Die Unterentwicklung bestand v.a. darin, dass die Pro-Kopf-Produktion relativ niedrig war.

Das Wachstumstempo (nur der Industrie, in der wirtschaftlich „dominierenden“ Landwirtschaft gelang es erst nach Jahrzehnten, das Niveau von 1914 wieder zu erreichen) unter Stalin täuschte Trotzki und die meisten Linken darüber hinweg, dass die Entwicklung erstens nicht ewig in Form der extensiven Erweiterung erfolgen kann und die Ausschaltung aller Triebkräfte - der bürgerlichen wie der proletarischen - früher oder später dazu führen musste, dass die gesamte wirtschaftliche Dynamik immer schwächer wird. Genau das ist dann ab den 1960/70ern auch passiert.

Hinter diesen Auffassungen Trotzki's (wie auch Lenins) steht die einseitige und irriqe Annahme, Russland könne und müsse eine „nachholende Entwicklung“ durchführen. Doch die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln war eben keineswegs eine notwendige Voraussetzung, um das Land aus der Rückständigkeit herauszuführen, sondern, um zum Kommunismus zu kommen, was freilich nicht dasselbe ist. Eine nachholende kapitalistische Entwicklung - Lenin hat wiederholt betont, dass Sowjetrußland eine „staatskapitalistische“ Phase durchlaufen müsse - führt jedoch nicht zum Kommunismus, sondern zum Kapitalismus.

Wirtschaftliche Entwicklung „an sich“ stellt meistens auch der Kapitalismus sicher. Das belegt auch die Entwicklung des zaristischen Russlands seit den 1860er Jahren. Dessen industrielle Wachstumsraten seit den 1880ern bis zum 1. Weltkrieg wurden nur von Deutschland und den USA erreicht. Trotz aller Rückständigkeit gehörte Russland 1914 zu den größten Wirtschaftsmächten der Erde. Oder schauen wir uns den fast kometenhaften Aufstieg Chinas seit den 1970ern an. Auch dort erfolgte eine atemberaubende Entwicklung, ohne dass dort die Arbeiterklasse herrscht.

Es geht darum, dass die sozialistische Vergesellschaftung notwendig ist, um die Produktivkräfte besser und schneller entwickeln zu können als der Kapitalismus und damit diese Entwicklung der gesamten Gesellschaft und nicht nur einer Minderheit zugute kommt. D.h. alle Versuche, mittels der Entwicklung einer „bürgerlichen“ Wirtschaft zum Sozialismus zu kommen, sind zum Scheitern verurteilt. Die UdSSR ist ein schlagendes Beispiel dafür.

Einige Schlussfolgerungen

Nur eine spezifisch „sozialistische“ Umwälzung der gesamten Produktionsweise (die nicht nur die Eigentumsverhältnisse umfasst) kann zum Sozialismus führen. Ein Aspekt dieser Umwälzung ist die Revolutionierung der Produkte. Nicht nur wie, sondern auch was sie produziert, kennzeichnet die Qualität einer Gesellschaft und ihren Klassencharakter.

Was können wir nun hinsichtlich der „allgemeinen Merkmale“ von Produkten der nachkapitalistischen Ökonomie aussagen? Zunächst einmal weisen sie auch einige grundlegende Charakteristika von kapitalistischen Produkten auf, wobei diese tw. weiterentwickelt werden, weil die bürgerlichen Rahmenbedingungen, die diese Weiterentwicklung behindern, wegfallen. Zugleich weisen „kommunistische

Produkte“ aber auch generell neue Qualitäten auf.

Die allgemeinen Produktmerkmale sind u.a.:

- starker Einfluss der Konsumenten auf Produktentwicklung und -veränderung;
- höheres Level an Standardisierung als im Kapitalismus;
- gleiche Produktpalette aller Hersteller bei hohem Variantenreichtum (Farbe, Zusatzteile, „Extras“) entsprechend den Wünschen der Verbraucher;
- kein „unnützes“ Dekor;
- möglichst wenig Ressourcenverbrauch (Rohstoffe, Energie, Arbeit) bei Herstellung und Benutzung der Produkte;
- Kennzeichnung des Herstellers bzw. des einzelnen Produktionsbereichs, aber keine Werbung;
- Bevorzugung der Reparatur bzw. des Komponentenaustauschs vor Neuproduktion;
- höchste Qualität und Haltbarkeit, keine „Billigprodukte“;
- Bauart und Funktionalität berücksichtigt die gesellschaftliche Dimension des Gebrauchs (Ressourcenverbrauch, Recyclingmöglichkeit, tw. Kompatibilität usw.);
- Abgleichen der Produktqualität mit den gesellschaftlichen Produktivstrukturen.

Die Produktrevolution hat enorme Effekte für die Produktion und die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft. Diese Effekte sind z.B.:

- weniger Ressourcenverbrauch;
- Reduzierung von (Neu)Produktion;
- Verkürzung der notwendigen Arbeit;
- Verringerung „unproduktiver“ Sektoren, die sich aus schlechten Produkten ergeben (z.B. Abfallwirtschaft);
- bessere Befriedigung der individuellen wie gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Unter dem Strich bedeutet Produktrevolution erhebliche Steigerung der Arbeitsproduktivität - gesamtgesellschaftlich betrachtet und nicht borniert betriebswirtschaftlich, wie im Kapitalismus üblich. Das heißt: die Produktrevolution ist nicht nur allgemein ein wichtiger Faktor bei der

Entwicklung der nachkapitalistischen Gesellschaft. Sie ist nicht nur eine (mögliche) Folge einer antikapitalistischen Umwälzung, sie ist auch eine wichtige Bedingung dafür, dass sich die Übergangsgesellschaft gegenüber der sie umgebenden kapitalistischen „Restwelt“ ökonomisch behaupten kann.

Passend zum Thema:

Ein dreiviertel Jahrhundert für vier Quadratmeter